



Gewerkschaft der Polizei

www.gdp-saarland.de

Kaiserstr. 258 * 66133 Saarbrücken



19. Ordentlicher Landesdelegiertentag

6. und 7. April 2006 - Stadthalle St. Ingbert

...Sicherheit erhalten!

GdP Landesbezirk Saarland

Die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland (GdP) lädt in dieser Woche am Donnerstag und Freitag, 06. und 07. April, zu ihrem 19. ordentlichen Landesdelegiertentag ein. Er steht unter dem Motto: „Wandel gestalten - Sicherheit erhalten!“

Am Donnerstag werden die Geschäftsberichte, Ehrungen von ausscheidenden Funktionsträgerinnen und -trägern des Landesbezirks sowie die Vorstandsneuwahlen im Vordergrund stehen. Der bisherige Landesvorsitzende, Hugo Müller, stellt sich zur Wiederwahl.

Der Freitag wird ganz im Lichte des Mottos stehen. Zunächst wird es morgens eine Festveranstaltung geben, in der politisch Verantwortliche und Gewerkschaftsvertreter zu Wort kommen werden, musikalisch umrahmt vom Polizeimusikkorps. Die Beratung der Anträge wird schließlich am Nachmittag den Abschluss des Delegiertentages bilden.

Der GdP-Vorstand stellt dabei den Entwurf einer „St. Ingberter Erklärung“ zur Diskussion.

In dieser Erklärung sollen die Grundpfeiler definiert werden, die aus Sicht der GdP bei den laufenden und noch bevorstehenden Änderungsprozessen Berücksichtigung finden müssen.

Hierzu erklärt der GdP-Landesvorsitzende, Hugo Müller: „Die innere Sicherheit im allgemeinen, aber auch die soziale Sicherheit der Polizeibeschäftigten im besonderen erleben derzeit gravierende Veränderungsprozesse. Hingewiesen sei beispielhaft auf Diskussionen um den Einsatz der Bundeswehr im Innern, Verlagerungen bislang polizeilicher Aufgaben auf Private oder Kommunen, die bevorstehende Föderalismusreform oder die Umgestaltung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst. Die GdP sieht es als ihre Aufgabe an, sich einzumischen. Wir wollen dabei keine Neinsager sein, sondern verantwortungsvoll mitgestalten. Wenn man Reformen durchführt, dann muss am Ende aber auch etwas besser sein als vorher. Auf Reformen, die lediglich Sparverpflichtungen der Beschäftigten beinhalten, können und wollen wir ganz bestimmt verzichten.“

Der Landesvorstand